

Hans Diefenbacher
Benjamin Held
Dorothee Rodenhäuser
Roland Zieschank

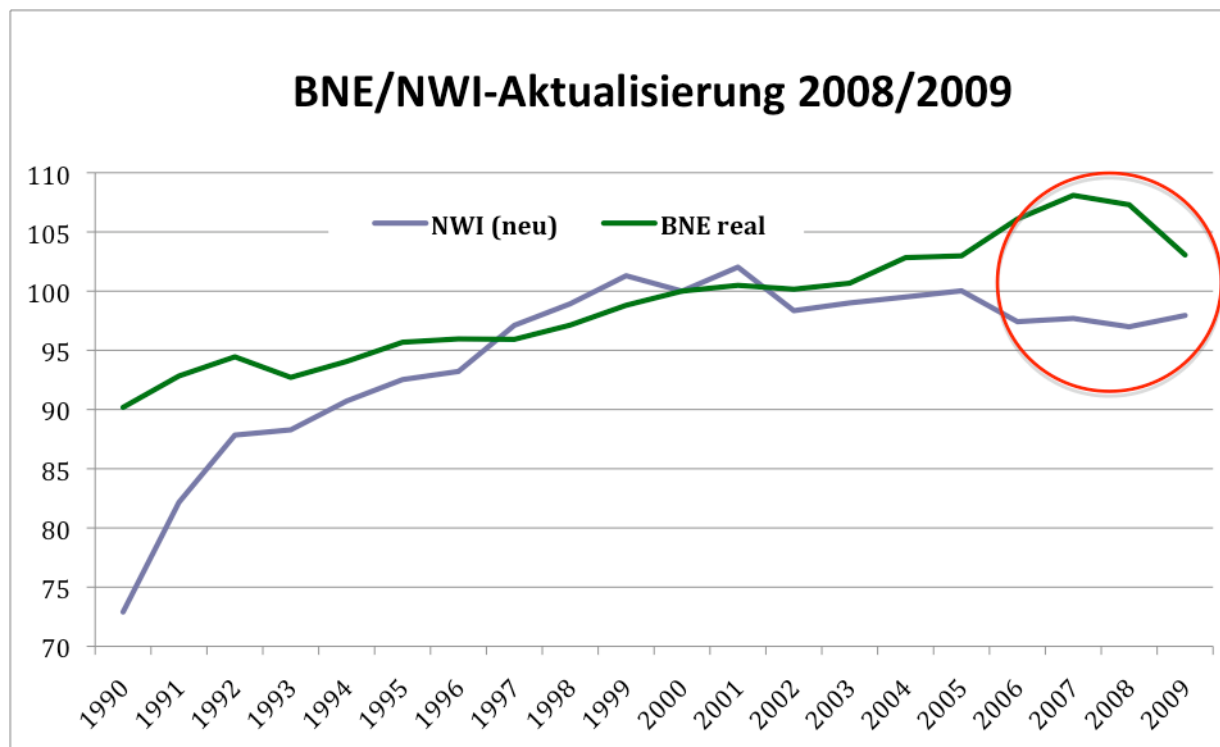
Der Nationale Wohlfahrtsindex – neue Werte für 2008 / 2009*

Im November 2011 haben die Urheber des „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) Werte für die Jahre 2008 und 2009 vorlegen können. Die Alternativrechnung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. Bruttonationaleinkommen (BNE) führt, wie bereits für den Zeitraum 1990 bis 2007, zu bemerkenswerten Ergebnissen.

Der NWI wird 2008 und 2009 durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich weniger beeinflusst als BNE und BIP. Gerade von 2008 bis 2009 ist ein erheblicher Rückgang beim BNE zu verzeichnen, während der Wohlfahrtsindex in diesem Zeitraum dagegen sogar leicht zunimmt. Die Ergebnisse des NWI für Deutschland für 2008 und 2009 zeigen zum einen, dass die Wirtschaftskrise in diesen Jahren den Konsumbereich weit weniger betroffen hat als den Bereich der Produktion. Die gegenläufige Entwicklung zum BNE lässt sich aber zu einem guten Teil auch darauf zurückführen, dass die im NWI berücksichtigten negativen externen Effekte der Produktion – der Verbrauch von Ressourcen und die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen –

* Prof. Dr. Hans Diefenbacher, Dipl.Volksw. Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser M.A., alle Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft – Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg; Dipl.-Verw.Wiss. Roland Zieschank, Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU), Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. Kontakt: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de / zieschan@zedat.fu-berlin.de – Die dem Text zugrunde liegende Studie wurde gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie ist als download verfügbar unter www.fest-heidelberg.de und unter www.fu-berlin.de/ffu

durch den Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten ebenfalls deutlich zurückgegangen sind.



Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) wurde im Rahmen eines vom Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium geförderten Projekts von Hans Diefenbacher und Roland Zieschank 2009 entwickelt und in einer ersten Version für die Jahre 1990 bis 2007 berechnet.

Anlass war die unbesehene Übernahme des Indikators „Bruttoinlandsprodukt“ in die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, denn das BIP weist in diesem Kontext einige Schwächen auf. Zum einen werden viele Umweltschäden gänzlich ausgeblendet. Zum anderen werden Maßnahmen gegen Umweltbelastungen als positiv verbucht, obwohl es kompensatorische Kosten sind, die noch keine Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt bewirken, wie Altlastensanierung und Ausgleichsmaßnahmen für Naturverbrauch. Ähnliches gilt im sozialen Bereich, etwa die Ausgaben für Drogen, Alkohol und Tabak, welche Folgekosten in Höhe von rund 56 Milliarden Euro jährlich nach sich ziehen. Außerdem fließen in das BIP auch Konsumausgaben und Investitionen ein, die nur über Staatsschulden möglich werden, jedoch gleichzeitig die finanzielle Handlungsfähigkeit der Länder nachhaltig untergraben. Schließlich werden Arbeitsbereiche in das BIP nicht einbezogen, welche die Wohlfahrt steigern, vor allem ehrenamtliche Arbeit und auch Hausarbeit.

Hier liegt mit den Werten für 2008 und 2009 nun die erste Fortschreibung einer alternativen Wohlfahrtsrechnung vor. Gegenüber der ersten Version mussten auch einige zurückliegende Werte bestimmter Komponenten korrigiert werden. Denn statistische Daten wie die Einkommensverteilung, auf denen der NWI beruht, wurden durch die Statistik zum Teil rückwirkend korrigiert.

Der NWI stellt eine monetäre Kenngröße dar, das heißt, alle einbezogenen Komponenten liegen bewertet in Euro als jährliche Größe vor. Insgesamt umfasst der NWI in seiner Grundvariante 19 Komponenten. Die Berechnung geht von der Basisgröße „Privater Verbrauch“ aus. Dieser Ausgangspunkt beruht auf der Annahme, dass der Private Verbrauch – der Konsum von Gütern und Dienstleistungen durch die Haushalte – einen positiven Nutzen stiftet und damit zur Wohlfahrt der Menschen beiträgt. Da ein zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt eine höhere zusätzliche Wohlfahrt stiftet als für einen reichen Haushalt, wird der Private Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet. Je ungleicher verteilt das Einkommen einer Gesellschaft ist, desto niedriger ist – unter sonst gleichen Bedingungen – der NWI. Außerdem wird die nicht über den Markt bezahlte Wertschöpfung durch Hausarbeit und Ehrenamt einbezogen, was im BIP/BNE nicht geschieht.

Sechs Komponenten bilden zusätzliche soziale Faktoren ab, wobei einerseits Wohlfahrt stiftende Ausgaben des Staates für Gesundheit und Bildung addiert, andererseits Kosten etwa von Kriminalität oder Verkehrsunfällen abgezogen werden. Ökologische Faktoren werden durch neun Komponenten: Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden, Schadenkosten aufgrund unterschiedlicher Umweltbelastungen und Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen. Eine zusätzlich ausgewiesene Variante des NWI, die aber noch nicht mit empirischen Daten unterlegt werden konnte, bezieht darüber hinaus als negative Position die Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte ein und positiv die öffentlichen Ausgaben zum ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Die zentrale Erkenntnis des Vergleichs von BNE und NWI ergibt sich aus dem Verlauf der Kurven, an dem sich ablesen lässt, ob das BNE die Richtung von Wohlfahrtsänderungen korrekt anzeigt. Unterschiedliche Entwicklungen der beiden Indizes weisen darauf hin, dass dies möglicherweise nicht der Fall ist: Während das BNE über die gesamte Periode bis 2008 recht stetig

ansteigt, erreicht der modifizierte NWI um das Jahr 2000 seinen Höhepunkt und nimmt in den letzten Jahren in der Tendenz wieder ab. Verantwortlich für das Sinken des NWI sind insbesondere die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung und die negativen externen Effekte im Umweltbereich, deren quantitativ größter Posten die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen darstellen. Positiv eingehende Faktoren, insbesondere der Wert der Hausarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeiten, die ebenfalls zunehmen, können dies nicht ausgleichen.

Dass eine Steigerung der Wohlfahrt – wie der NWI sie definiert – ohne ein Wachstum des BIP/BNE möglich sein kann, zeigte bereits der Verlauf des NWI bis 2007. Doch vor allem die Entwicklungen der vergangenen beiden Jahre bestätigen dies eindringlich: Der NWI kann sogar in Jahren steigen, in denen das BNE sinkt. Natürlich ist es in jedem Fall notwendig, den Einfluss der einzelnen Komponenten des NWI genau zu analysieren und zu erläutern, welche vor allem für diese Entwicklungen maßgeblich sind. Damit bestätigt sich die anfängliche Arbeitshypothese, dass die Berechnung eines komplexen monetären Wohlfahrtsmaßes unter Nutzung von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) einen tatsächlichen Mehrwert bietet, den eine vorwiegende Produktionsrechnung wie das BNE/BIP nicht leisten kann – und im Übrigen auch nicht sollte.

Die Entwicklung der Jahre 2008 und 2009 macht deshalb besonders deutlich, dass eine Gegenüberstellung von BNE/BIP und NWI die Funktion erfüllen kann, derentwegen der NWI entwickelt wurde: Die Zahlen zeigen, dass ein anderes Verständnis von Wohlfahrt möglich ist, und dass der NWI als Beobachtungs- und Analyseinstrument für eine Politik dienen kann, die sich am Leitbild der ökologischen Tragfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit orientiert.

Es ist beabsichtigt, den NWI in den nächsten Jahren weiter fortzuschreiben und auch die Berechnung der Komponenten durch neue Daten und erweiterte Rechenverfahren zu verbessern. Die Werte des NWI für 2010 können voraussichtlich im Frühjahr 2012 vorgelegt werden. Dann soll auch die aktualisierte Berechnungsmethode im Detail veröffentlicht werden.

Der NWI zeigt, dass eine andere Betrachtung der gesellschaftlichen Entwicklung möglich ist, und er entspricht damit dem Anliegen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Er unterstützt die Diskussion um Wachstum und Wohlfahrt durch empirische Ergebnisse, über welchen materiellen Wohlstand wir in Deutschland wirklich verfügen und welche Art von Wohlfahrt und gesellschaftlichem Fortschritt angestrebt werden könnte. Denn immer deutlicher wird, dass nicht alle vom

BIP erfassten Aktivitäten zur Steigerung von Umsatz im Ergebnis auch zu einer Sicherung und Erweiterung des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kapitals beitragen.

Eine Politik, die sich nach wie vor primär am BIP orientiert, könnte damit nicht nur einer Illusion von Wohlstand erliegen. Sie könnte auch die falschen Signale setzen: In den kommenden Jahren zeigt sich, ob mit neuer Dynamik lediglich die alten Wege gewählt werden und die anstehenden ökologischen oder sozialen Probleme in Deutschland hauptsächlich über Wirtschaftswachstum gelöst werden sollen – oder ob man statt einer Orientierung am Umsatz die Frage stellt, wie gesellschaftliche Wohlfahrt wirklich zu erreichen ist.